Finanzpakt und Pflegefinanzierung sind erste Schritte in richtige Richtung

IMMAC
... leading in social investments

Datum:	**16. März 2011**
Medium:	**der Standard**

Wirtschaftskammer: Finanzpakt und Pflegefinanzierung sind erste Schritte in richtige Richtung

16. März 2011, 13:11

Österreich steht aber weiter vor großen finanziellen Herausforderungen - Systemreformen daher unumgänglich

"Die Finanzvereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in Bezug auf die Pflegefinanzierung und den Stabilitätspakt bis 2014 sichert die Erbringung von Pflegeleistungen und ist ein erster Schritt zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen. Insbesondere die Finanzen der Gemeinden, sie sind der größte öffentliche Investor, werden durch die nun erzielte Lösung durch zusätzliche Bundesmittel deutlich entlastet, nachdem immer mehr Gemeinden in den vergangenen Monaten in die roten Zahlen gerutscht waren. Ihre finanzielle Gesundung ist im größten Interesse der lokalen Wirtschaft." Ralf Kronberger, Leiter der Finanzpolitischen Abteilung der WKÖ, sieht in der nun erfolgten Einigung nicht nur eine Absicherung des öffentlichen Pflegesystems, sondern auch die Verpflichtung zu sinnvollen und realistischen Defizitzielen: "Nach dem Sparpaket des Bundes war es wichtig, dass sich auch die Länder an den Sparbemühungen in Österreich beteiligen und ihre Haushalts-Defizite eindämmen." Für wichtig hält Kronberger auch die von Finanzminister Josef Pröll mit den anderen Gebietskörperschaften vereinbarte Überprüfung der Länderbudgets durch den Rechnungshof und eine Sanktionierung bei Überschreitung der ausgehandelten Ziele.

Auch wenn nun als wichtigstes Ziel vereinbart sei, dass Österreich 2012 das gesamtstaatliche Defizit wieder auf die EU-Vorgabe von unter drei Prozent zurückführen will, so habe unser Land aber noch große finanzielle Brocken zu bewältigen, warnt Kronberger. Wenn die ausgelagerten Defizite etwa von Bahn und Spitälern in die öffentliche Verschuldung von der EU eingerechnet werden, steigt der staatliche Schuldenstand mit einem Schlag von 70 auf über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das EU-weit vorgegebene Ziel betrage aber 60 Prozent. Und nicht zuletzt würden möglicherweise in den kommenden Jahren mit den steigenden Zinsen auch die Zinszahlungen für die bereits angehäuften Staatsschulden um Milliarden Euro ansteigen. Kronberger: "Nach dem wichtigen ersten Schritt eines neuen Stabilitätspaktes zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen wir jetzt dringend Systemreformen bei Verwaltung, Pensions- und Gesundheitssystem angehen, sonst werden wir den Sanierungskurs nicht halten und die Staatsschulden nicht reduzieren können."

Zugleich geht es nach der Einigung von Bund und Ländern über die Zufuhr von fast 700 Millionen Euro zur Bewältigung der steigenden Pflegekosten nun darum, einen sinnvollen Einsatz dieser Mittel sicherzustellen. In Bezug auf die Alterung der Bevölkerung geht es darum, dass die Menschen möglichst lang gesund bleiben und sich selbst versorgen können. Martin Gleitsmann, Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der WKÖ: "In 40 Jahren wird es über 650.000 über 80jährige mehr geben. Müssten davon 10 Prozent in Pflegeheimen versorgt werden (65.000 Plätze), würden Errichtungskosten auf derzeitiger Basis von 5,5 Mrd. Euro anfallen und die jährlichen Personalkosten dieser Pflegeplätze 1,6 Mrd. Euro ausmachen. Wesentlich kostengünstiger und den Wünschen der älteren Menschen viel eher entsprechend ist ein längstmöglicher Verbleib in den eigenen vier Wänden." Gleitsmann verweist auf den Einsatz von bereits über 25.000 selbständigen, zumeist ausländischen PflegerInnen, welche bereits jetzt einen wesentlichen Beitrag zur Pflegesicherung in Österreich leisten, und fordert: Der Einsatz zusätzlicher Mittel sollte nicht nur in die Errichtung neuer Pflegeplätze investiert werden, sondern auch massiv in die Pflege in den eigenen vier Wänden, in Wohnungssanierung und Barrierefreimachung gehen. Auch die Umwandlung von nicht dringend erforderlichen Krankenhäusern in Pflegeheime sei zunehmend ein Thema. (RH)